



Informationen aus Land und Kreis

Optendrenk: Löchrige rot-grüne Schuldenbremse

Die Anhörung zum Gesetzentwurf über eine Schuldenbremse in einfaches Landesrecht hat gezeigt: Die rot-grüne Schuldenbremse ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Der Landesrechnungshof befürchtet, dass mit der Regelung eine zusätzliche Schuldenaufnahme von über 50 Milliarden Euro möglich wäre.

Prof. Christian Waldhoff von der Humboldt-Universität Berlin kommt zu dem Schluss, dass Rot-Grün den verfassungsrechtli-

chen Zweck einer Schuldenbremse nicht nur konterkariert, sondern in sein Gegenteil verkehrt. Der Bund der Steuerzahler hält den Gesetzentwurf für unzureichend.

Das Vorgehen hat System. Bereits in der Verfassungskommission wollte die rot-grüne Koalition eine Kreditermächtigung von 5 Milliarden Euro in die Verfassung schmuggeln. Das konnte die CDU verhindern. Nun will Rot-Grün eine Schuldenautobahn in einer Schuldenbremse verstecken, um damit später ihre Konsumwünsche zu finanzieren.

Rot-Grün lebt auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Nur mit einem verfassungsrechtlich verankerten Neuverschuldungsverbot wird eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik dauerhaft gewährleistet.



Themen dieser Ausgabe:

Berger zur rot-grünen Forschungspolitik	2
Optendrenk zum Justiziar gewählt	2
Alarmsignal aus den Kommunen	3
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	3
Stauchaos in NRW	3
Flächendeckende Krankenversorgung gefährdet	3
Optendrenk zum Haushaltsabschluss	4
Stillstand in der Wohnungsbau politik	4
Attraktiver Nahverkehr auch auf dem Land	4
Deutsch-russischer Erfahrungsaustausch	5
Jagdpolitik in NRW	5
Fehlende Bildungsinvestitionen in NRW	6
Bürger zahlen für verfehlte Kommunalpolitik	6
„Schwarze“ unter sich...	6

Polizeipräsenz im ländlichen Raum verstärken

Rot-Grün hat in unverantwortlicher Weise Personal und Fahrzeuge der Polizei im ländlichen Raum gestrichen. Die wenigen Einsatzkräfte vor Ort müssen im

Ernstfall oft weite Strecken mit ihren Dienstfahrzeugen zurücklegen.

Während in den landratsgeführten Kreispolizeibehörden

im Jahr 2000 noch ein Personal-Sollbestand von 13.230 Stellen zu verzeichnen war, weist die sogenannte belastungsbezogene Kräfteverteilung für das

Jahr 2016 nur noch 12.509 Stellen aus. Betrachtet man die Anzahl der Kraftfahrzeuge, die den ländlichen Polizeibehörden zur Verfügung stehen, offenbart sich ein ähnliches Ergebnis. Insgesamt stehen der Polizei im ländlichen Raum 133 Streifen- und 200 Zivilwagen weniger zur Verfügung als beim Antritt der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2010.

Dieser unverantwortliche Polizeiabbau muss unverzüglich gestoppt werden. Es ist dringend erforderlich, bei der Ermittlung des Verteilschlüssels für das im Nachersatzverfahren zu verteilende Personal ins-

besondere auch die geografischen Besonderheiten der Kreispolizeibehörden deut-



lich stärker zu beachten. Das System der Kräfteverteilung muss zudem dahingehend verändert werden, dass neben dem Kriminalitäts- und Verkehrsunfallaufkommen künftig auch der Flächenansatz stärker berücksichtigt wird.

Berger: Rot-grüne Forschungspolitik treibt Investitionsquoten in den Keller



Rot-Grün hat es in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung verpasst, wesentliche Weichen für eine erfolgreiche Zukunft des Forschungsstandorts zu stellen. In wichtigen Bereichen hinkt Nordrhein-Westfalen hinterher oder hat notwendige Entwicklungen völlig verschlafen.

Am deutlichsten wird dies bei den Investitionen der Regierung Kraft für Forschung und Entwicklung. Baden-Württemberg gibt fast 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür aus, Berlin 3,64 Prozent, Bayern 3,17 Prozent und Niedersachsen 2,96 Prozent. Nordrhein-Westfalen dagegen wendet lediglich 1,98 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung auf und liegt damit an viertletzter Stelle im Bundesländer-Ranking.

Nordrhein-Westfalen muss endlich wieder seine Forschungs- und Innovationskraft stärken. Dabei sind Hochschulen in Forschung und Lehre besonders erfolgreich, wenn sie über ihre Angelegenheiten weitgehend frei entscheiden können. Das zeigen internationale Vergleiche. Wir brau-

chen daher eine weitreichende Hochschulautonomie, starke Hochschulpräsidien, flache Führungshierarchien und damit verbunden eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Wissenschaft.

Die gewonnenen neuen Freiheiten der Hochschulen müssen durch neue Anstrengungen der Digitalisierung in Wissenschaft und Forschung ergänzt werden. Gerade in diesem Zukunftsbereich besteht großer Nachholbedarf. In Nordrhein-Westfalen fehlt es schlichtweg an den Voraussetzungen für das digitale Lernen, für den digitalen Wissensaustausch und einer digitalen Forschungsstrategie. Wir brauchen mehr Vernetzung von IT-Kompetenzen und digitale Plattformen zur Präsentation von Forschungsergebnissen.

Marcus Optendrenk zum Justiziar der CDU-Fraktion gewählt

Die CDU-Landtagsfraktion hat Marcus Optendrenk einstimmig zu ihrem neuen Justiziar gewählt. Er übernimmt die Aufgabe von Dr. Wilhelm Droste, der sein Mandat zum Jahresende aufgegeben hatte. Der Volljurist Optendrenk berät und vertritt die Fraktion bis zur Landtagswahl im Mai in allen wichtigen Fragen des Parlaments- und Verfassungsrechts. Daneben bleibt er wie bisher haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Alarmsignal aus den Kommunen

Auch wenn der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof die Klage von 52 Städten und Gemeinden abgewiesen hat, ist dies kein Freibrief für Rot-Grün, bei der schulischen Inklusion alles weiterlaufen zu lassen. Das Alarmsignal aus den Kommunen ist nicht zu überhören. Die Situation an den Schulen wird immer schlimmer.

Lehrende sind überlastet, Lernende müssen leiden, weil die Landesregierung sich weigert, verbindliche Qualitätsstandards festzulegen.

Das wichtige Projekt der Inklusion droht zu scheitern. Dem muss dringend Einhalt geboten werden.



Eine verlässliche Ausstattung mit personellen und sächlichen Mitteln ist nach wie vor das Gebot der Stunde. Die Landesregierung muss die Klagen der Betroffenen endlich ernst nehmen.

Probleme bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse



Damit auch Nichtdeutsche auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen können,

muss die Gleichwertigkeit eines ausländischen Abschlusses mit einer deutschen Qualifikation festgestellt werden. Das gilt für Grenzpendler zum Beispiel aus den Niederlanden ebenso wie für andere EU-Bürger und für Flüchtlinge. Wesentliche Hürden, ein solches Verfahren zu begin-

nen und zügig abzuschließen, sind unter anderem die Verfahrenskosten von bis zu 600 Euro sowie die lange Dauer der Verfahren.

Seit dem 1. Januar 2017 unterstützt der Bund die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen finanziell, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Ein vergleichbares Engagement der Landesregierung, Hürden im Anerkennungsverfahren abzubauen, ist dagegen nicht zu erkennen.

Stauchaos in Nordrhein-Westfalen

Laut ADAC-Staubilanz hat sich die Staulänge in NRW mit rund 388.000 Kilometern in 2016 seit 2012 mehr als verdoppelt.



Rot-grün hat in den letzten sechs Jahren zu wenige Bundesfernstraßen geplant, es fehlt ein Plan, wie die zweistellige Milliardensumme vom Bund bis 2030 verbaut werden soll, das Baustellenmanagement ist fehlerhaft und völlig veraltet.

Seit Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen regiert, gibt es Jahr für Jahr neue Rekordzahlen beim Stau. Diese traurigen Rekorde müssen endlich ein Ende haben.

Flächendeckende Krankenversorgung gefährdet

Der anhaltend hohe Investitionsstau in den Krankenhäusern Nordrhein-Westfalens droht zur Gefahr für die gesundheitliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen zu werden. Laut einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinsti-



tuts fehlen jährlich eine Milliarde Euro, damit die 352 NRW-Kliniken auch in Zukunft Patienten qualitativ hochwertig versorgen können. Dennoch stellt die Landesregierung den Krankenhäusern nicht mehr Geld zur Verfügung – trotz Rekordsteuereinnahmen.

Optendrenk: Haushaltsabschluss geprägt von Sonder- und Einmaleffekten

Der Haushaltsabschluss 2016 ist leider nicht das Ergebnis einer strukturellen Haushaltssanierung, sondern beruht auf



Einmal- und Sondereffekten: Die Integrationspauschale des Bundes von 434 Millionen Euro wird

nicht an die Kommunen weitergeleitet, sondern verbleibt im Landeshaushalt. Die Kommunen werden so mit der großen Aufgabe der Integration alleine gelassen.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat eine Sondertilgung von 585 Millionen Euro in 2016 leisten müssen, das Geld fehlt dann in den nächsten Jahren. Alleine die-

se beiden Punkte summieren sich auf über eine Milliarde Euro.

Dazu kommen noch Minderausgaben, weil beispielsweise tausende Stellen insbesondere in den Schulen nicht zeitnah besetzt werden können, sowie die Trickserei um die Zuführung zum Pensionsfonds. Hinzu kommt, dass wir dank der Bundesregierung in Deutschland hervorragende Rahmenbedingungen haben. NRW erzielt – wie in der gesamten Bundesrepublik – Steuereinnahmen in Rekordhöhe und bezahlt historisch niedrige Zinsen.

Trotzdem hat die rot-grüne Landesregierung den Haushalt 2017 mit einer geplanten Neuverschuldung von rund 1,6 Milliarden Euro beschlossen. Damit macht NRW in 2017 mehr Schulden als alle übrigen Bundesländer zusammen. Das ist beschämend.

Stillstand in der Wohnungsbaupolitik

Der aktuelle Wohnungsmarktbericht der NRW.Bank zeigt eindrücklich, dass Bauminister Groschek mit nur noch knapp 477.000 Sozialwohnungen einen neuen Negativrekord erreicht hat. Seit Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen regiert, geht der Bestand an Sozialwohnungen kontinuierlich zurück. Es fehlt an Bauland, Baugenehmigungen dauern zu lange.

Der neue Landesentwicklungsplan behindert die Ausweisung nötigen Baulands. Zudem steht die Ende 2016 verabschiedete Landesbauordnung dem Wohnungsbau im Weg. Zu große Abstandsflächen

behindern die notwendige Ausnutzung der wenigen Baugrundstücke. Die



Die Straffung der Baugenehmigungszeiten sowie eine Entlastung der Bauherrn und Bauämter durch eine überfällige Klarstellung der einzureichenden Unterlagen und die Einführung digitaler Verfahren werden um Jahre verschoben.

Attraktiver Nahverkehr auch auf dem Land

Die rot-grüne Landesregierung hat es in den vergangenen Jahren sträflich versäumt, bei der ÖPNV-Infrastruktur die richtigen Weichen zu stellen. Noch immer sind viele Straßen- und U-Bahn-Anlagen in den Großstädten stark sanierungsbedürftig und chronisch überfüllt. Dennoch hat Rot-Grün allein den Stadtbahnen seit

2012 Mittel in Höhe von rund 150 Millionen Euro entzogen. Dies alles geht auf Kosten von Sicherheit und Komfort für die Fahrgäste.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich in der Enquetekommission zur Finanzierung des ÖPNV Nordrhein-Westfalen für einen star-

ken und zukunftsfähigen Nahverkehr eingesetzt. Auch die ländlichen Räume und



Foto: © B Wylezich - Fotolia.com

zum Beispiel durch den Aufbau von Mobilstationen in kleinen Ortschaften und die

städtischen Randlagen müssen zeitgemäß an das ÖPNV-Netz angebunden werden.

Dies gelingt

Unterstützung moderner Schnellbusse in den Stadtregionen.

Der Schnellbus ist die „Regionalbahn auf Gummirädern“ und muss daher wie der Schienennahverkehr zuverlässig vom Land finanziert werden. Obwohl sich Rot-Grün im Enquete-Bericht zu einer Finanzierung des Schnellbusses aus Regionalisierungsmitteln bekennt, hat die Landesregierung bei der ÖPNVG-Novelle Ende 2016 genau das verweigert. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die Landesregierung den Worten keine Taten folgen lässt.

Deutsch-russischer Erfahrungsaustausch

Stefan Berger traf sich Ende Januar mit dem Rektor der Universität für Wirtschaft und Recht in Chabarowsk/Russland, Dr. Jury Plesovskikh, zu einem Erfahrungsaustausch. Seit Jahren pflegt die Stadt Viersen im Rahmen eines Fachkräfteaustausches enge Kontakte in die Landeshauptstadt der fernöstlichen Region.

Dr. Plesovskikh nutzte seinen Aufenthalt zu Gesprächen an der Hochschule Niederrhein und zu einem Besuch im Düsseldorfer Landtag. In einem freundlichen und offenen Gespräch stellten beide Seiten fest, dass ein wechselseitiger Austausch von Studenten und Dozenten ein wichti-

ges Instrument zur Verbesserung von Forschung und Lehre und auch zur Verständigung der Völker sei.

Stefan Berger: „Es ist wichtig, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, für ihre Zu-



kunft zu forschen. Ein internationaler Austausch oder gemeinsame Forschung können hier nur förderlich sein.“

CDU-Werkstattgespräch „Jagdpolitik in Nordrhein-Westfalen“

Die Debatte um das völlig verfehlte Landesjagdgesetz erhitzt zu Recht weiter die Gemüter. Die Jagdpolitik der rot-grünen Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Menschen. Die CDU-Fraktion unterstützt daher ausdrücklich



das Begehren der Volksinitiative der Jägerschaft. Es darf kein Widerspruch zwischen Naturschutz und Jagd konstruiert werden.

Das Misstrauen der Landesregierung richtet sich nicht nur gegen die Jägerschaft, sondern gegen den gesamten ländlichen Raum. Mit 86 Einzeländerungen hat die CDU im Gesetzgebungsverfahren klar aufgezeigt, was sich ändern muss und wie Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis im echten Dialog mit der Jägerschaft zu einem tragbaren Ergebnis führen können. Die Einzelheiten finden Sie [hier](#).

Fehlende Bildungsinvestitionen in Nordrhein-Westfalen

Kaum ein Bundesland investiert so wenig Geld in die Ausbildung seiner Schüler wie Nordrhein-Westfalen. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes wurden in NRW im Jahr 2014 rund 5.900 Euro in die Ausbildung jedes Schülers investiert. Im Bundesdurchschnitt waren es 6.700 Euro. Nur Schleswig-Holstein lag mit 5.800 Euro noch unter NRW.

Pro Schüler fließen 5.100 Euro an den NRW-Schulen in Personal. Während die

Ausgaben je Schüler bundesweit von 2005 bis 2014 um 37 Prozent stiegen, waren es in NRW nur 28

Prozent. In Baumaßnahmen wurden gerade einmal 100 Euro je Schüler investiert; bundesweit waren es 400 Euro.



Bürger zahlen für verfehlte Kommunalfinanzpolitik

Eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zur Entwicklung der Grund- und Gewerbesteuer macht einmal



Foto: © Denis Junker- Fotolia.com

mehr deutlich, dass die rot-grüne Kommunalpolitik vor allem ein kommunales Steuererhöhungsprogramm ist. Die Hauptlast tragen die Bürger

und Unternehmen in unserem Land.

Die nordrhein-westfälischen Kommunen haben die mit Abstand bundesweit höchsten Hebesätze bei Grundsteuer und Gewerbesteuer. Allein in den vergangenen fünf Jahren wurde die Grundsteuer B um mehr als 25 Prozent erhöht, sodass der durchschnittliche Hebesatz um mehr als 100 Punkte gestiegen ist.

Auch bei der Gewerbesteuer ist Nordrhein-Westfalen Höchststeuerland. Zwischen 2011 bis 2016 erhöhten in Nordrhein-Westfalen jeweils mehr als vier von fünf Kommunen mindestens einmal die Gewerbesteuer. Allein im ersten Halbjahr

2016 hob fast jede dritte Kommune ihren Gewerbesteuer-Hebesatz an. Doch die Landesregierung tut nichts.

„Schwarze“ unter sich...

Die Glücksbringer für das Jahr 2017 besuchten Mitte Januar die Kreisgeschäftsstelle der CDU. Die Abgeordneten Uwe Schummer, Marcus Optendrenk und Stefan Berger empfingen die Schornsteinfegermeister Bernd Gormanns und Wolfgang Dörenkamp.

Beide Schornsteinfeger verstehen nicht nur in exzellenter Weise ihr Handwerk, sondern sehen sich auch als traditionelle Glücks- und Erfolgsbringer für das neue Jahr. Davon machten die drei Abgeordneten gerne Gebrauch.



Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk
CDU Kreisverband Viersen
Goetersstr. 54, 41747 Viersen



[Marcus Optendrenk](#)



[Marcus Optendrenk](#)

[Stefan Berger](#)